

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1915. Nr. 104.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 208.

Belegblätter in Halle und Querfurt 2.00 Mk. durch die Post bezogen 3.00 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Druck-Verlag: Göttinger Druckerei (Halle), Druck-Verlag: Göttinger Druckerei (Halle), Druck-Verlag: Göttinger Druckerei (Halle).

Zweite Ausgabe

Abdruck von Beiträgen für die halle'sche Zeitung oder deren Raum für Halle und umgegend 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Briefkasten am Schluß des reaktionären Teils der Halle'schen Zeitung. — Anzeigenannahme bei der Halle'schen Zeitung in Halle (Sachsen) und bei allen anderen Anzeigenverlegern.

Verlagsstelle in Halle (Sachsen): Verleger: Straube Nr. 61/62. Druck: Straube Nr. 61/62. Druck: Straube Nr. 61/62.

Mittwoch, 3. März 1915.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 11. Druck: Bernburger Straße 11. Druck: Bernburger Straße 11.

Berschärfung des chinesisch-japanischen Konflikts.

Eine niederträchtige Lüge.

W. L. Berlin, 2. März. Zu Anfang der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Abgeordnete W. L. Berlin (kont.) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der hiesigen Budgetkommission zur Vorbereitung des Staatshaushaltsplans eine Erklärung ab, in der er u. a. heißt: In der neuesten, hierher gelangten Nummer des „Corriere della Sera“ wird mitgeteilt, daß dem „Daily Telegraph“ über Koppenhagen ein Telegramm aus Berlin zugegangen sei, das behauptet, daß in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses von einem Abgeordneten heftige Angriffe gegen die Defensivmaßnahmen der Regierung und abfällige Äußerungen über den Wert seiner Bundesgenossenschaft gemacht worden seien. Als Vorsitzender der Kommission stelle er fest, daß es sich hier um eine Fälschung handle, der es an jeder Grundlage fehle, um eine Lüge, deren alleiniger Zweck nur sein kann, das treue Bundesverhältnis zwischen Dänemark und uns zu erschüttern. — Die Worte des W. L. Berlin wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen. (Siehe auch den Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses. Die Red.)

Gewährung eines zweiten Mobilmachungsgeldes.

Auf den mir gehaltenen Vortrag genehmigte ich, daß allen mobilien Heeresangehörigen, die nach der Kriegsbudget-Vorbereitung Anspruch auf ein einmaliges Mobilmachungsgeld haben, zur Erneuerung der Feldausrüstung und zur Beschaffung einer besonderen Winterbekleidung das Mobilmachungsgeld zum zweiten Male nach folgenden Grundregeln gewährt wird:

1. Für die Höhe des zweiten Mobilmachungsgeldes sind je nach den Stufen für Offiziere und Unteroffiziere die in den Bestimmungen ausgearbeiteten Beträge an einmaligen Mobilmachungsgeld maßgebend mit der Einschränkung, daß der Satz für Regiments-Kommandeure die Höchstgrenze — auch für Generale usw. — bildet. 2. Offiziere usw., die zuerst mindestens vier Monate mobil sind oder waren, erhalten das zweite Mobilmachungsgeld sofort. 3. Offiziere usw., die a) zuerst mobil sind, aber noch nicht vier Monate, oder b) in der Zeit seit dem Erlaß dieser Order bis zum 1. April 1915 mobil werden, erhalten zur Bezahlung der Kosten für besondere Winterbekleidung die Hälfte des zweiten Mobilmachungsgeldes und zwar zu bezeichnen dem bestimmungsmäßigen ersten Mobilmachungsgeld — sofort, die zweite Hälfte zur Bezahlung der Kosten für Erneuerung der Feldausrüstung nach viermonatigem Mobilsein.

Großes Hauptquartier, 24. Februar 1915. Wilhelm.

Zur Aufbringung der „Dacia“.

Haag, 2. März. Wie aus Pariser Meldungen hervorgeht, scheinen zwischen der englischen und der französischen Regierung über die Aufbringung der „Dacia“ bestimmte Abmachungen getroffen zu haben, durch die England sich einer Auseinandersetzung mit der amerikanischen Regierung in dieser Angelegenheit enthalten wollte, zumal die „Dacia“-Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist. Hier französische Kreuzer von Wert bis zu der Fregatte „Dacia“ waren zum Patrouillendienst bestimmt, so daß die „Dacia“ bestimmt den französischen Kreuzern in die Hände gefiel wurde. Man ist jetzt sehr gespannt auf die Haltung Amerikas. (R. 11.)

Frankreichs „Krieg ohne Warmherzigkeit“.

Der französische Ministerpräsident Viviani erklärte in einer Unterredung, die er mit einem Vertreter der „United Press“ hatte: Die Deutschen hatten nicht das erhoffte Waffengeld. Eine unbedingte Blockade schließt das Land ein und der finanzielle Ruin ist fast vollständig. (1) Deutschland hätte den Frieden haben können, wenn es den Vorschlag vom 17. Juli oder den zwei Tage später erschienenen, unter Würdigung des Jaren zukunfts gemeinsamen angenommen hätte. Deutschland erklärte aber den Krieg. Jetzt ist die Politik Frankreichs: Krieg ohne Warmherzigkeit! In diesem Punkte sind wir mit dem Volke einig. Wir nehmen nichts an, als einen siegreichen Frieden. Wir wollen die Unabhängigkeit Belgiens wieder herstellen und Elsaß-Lothringen wieder mit dem Mutterlande vereinigen, von dem es vor 44 Jahren getrennt wurde.

Ein Brief von Georg Brandes an Clemenceau.

In der Koppenhagener „Politiken“ schreibt, wie wir dem „Art. Tagebl.“ entnehmen, Georg Brandes einen offenen Brief an George Clemenceau wegen dessen Angriffe auf Dänemark und seine neutrale Haltung im gegenwärtigen Kriege. „Meine Worte über die Dänen“ sagt Brandes, „daß sie eine Nation ohne Stolz sind, haben böses Blut hier im Lande gemacht und mich persönlich bestritten. Ein Schriftsteller von Ihrem Range müßte sich von herabsetzenden Äußerungen über ein ganzes Volk zurückhalten, da solche Verallgemeinerungen niemals die Wahrheit treffen, so wenig wie man einen Schmetterling mit einem Keulenstoß treffen kann. Sie werfen in den bittersten und frankfeindlichen Ausdrücken Dänemark seine Neutralität vor und leiten sie — da das Land doch nicht die Zustimmung verweigert haben kann, deren Gegenstand es war — aus Furcht und Schuld vor. Ich für meinen Teil, der ich Sie nennen darf von der Absicht, sich durch den Krieg zu bereichern, würde Dänemarks Teilnahme am Kriege als Wahntum betrachten. Da ich Ihr Blatt lese, weiß ich, daß Sie es für Dänemarks Pflicht ansehen, Deutschland den Krieg zu erklären. So lange aber ein Grant von geheimer Vermunft in einer dänischen Regierung übrig ist, wird dies nicht geschehen. Im Jahre 1864 wurde der Krieg, der ja damals nicht von Dänemark erklärt worden ist, angenommen in einem unverständigen Vertrauen zu einem englischen Versprechen, daß Dänemark nicht dazu kommen werde, allein zu stehen. Bedauerte jemand noch ein Zeugnis für das politische Unvermögen und den geringen Weltblick moderner Staatsmänner, so hat er es in Frankreichs und Englands Haltung in jenem Kriege. Frankreich sah es für eine schlaue Politik an, Preußen zu führen, in der naiven Hoffnung auf Gegenleistung von Bismarck, und England ließ ohne den schärfsten Protest Preußen sich des Rieles Hofens bemächtigen. Es ist Frankreichs und Englands Werk, daß Dänemark jetzt wieder ein Meer nach eine Flotte hat, die als eine Kraftprobe betrachtet werden können, aber eine Grenze, die sich verteidigen läßt. Dänemark ist natürlich genötigt zu einer Verteidigung, wenn es überfallen wird; zu einem Angriff ist es nicht imstande.“

Äußerungen eines bulgarischen Politikers.

Ein Redakteur der „Neuen Freien Presse“ hatte Gelegenheit, einen bulgarischen Politiker zu sprechen. Dieser äußerte sich über die Demarche der Entente-mächte folgendermaßen: „Der neueste Schritt der Gewandten des Dreierbundes dürfte, wie ich die Ansichten meiner leitenden Kreise kenne, die ich zur Wende ihrer Gesinnung zu bewegen imstande sein. Wir sind an dieser Demarche der Triple-Entente bereits gewöhnt, auch an die damit verbundene Drohung, daß Rußland aus dem Krieg erkläre und Truppen nach Bulgarien schicken werde. Diese Drohung schreckt uns nicht. Denn es gibt nur zwei Wege, auf denen russische Bataillone bulgarischen Boden betreten können: der erste führt über das Schwarzme Meer, der zweite über Rumänien. Auf dem Schwarzen Meere herrscht heute die türkische Flotte, die russische hat sich hinter die Forts von Sewastopol verbarren. Damit Rußland Truppen in Bulgarien landen kann, muß es zuerst die türkische Flotte vernichten. Ich gestatte mir, an dieser Möglichkeit zu zweifeln. Der zweite Weg geht durch Rumänien. Aber da müßte erst Rumänien den russischen Truppen seine Tore öffnen. Nun ich glaube, Rumänien kennt selber am besten die Gefahr, die es damit in sein Land ließe. Die beiden Wege sind Rußland demnach verperrt und seine Drohungen werden auch buhurd nicht wirksam, daß man sie uns, weiß Gott zum wiederholten Male wiederholt. Bulgarien bleibt neutral, die Demarche der Entente werden nicht daran ändern.“

Neue Ordensverleihungen.

W. L. Berlin, 2. März. Der „Missionsbote“ meldet: Dem General der Infanterie Riemann, Führer des 8. Armee-Korps, sind die Schwerter zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem Stern, dem Generalleutnant Fiedl, Führer des 8. Armee-Korps, sind die Schwerter zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Generalobersten von E. Inem gen. von Rothmofer, Oberbefehlshaber der 3. Armee, sind die

Schwerter zum Stern und Kreuz der Komture des königlichen Hausordens von Hohenzollern, dem Korvettenkapitän Humann, Kommandanten S. M. Specialschiffs „Korallen“, ist das Kreuz der Ritter des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Eine Lebensfrage.

London, 2. März. Die „Morningpost“ beschäftigt sich in einem ausführlichen Leitartikel mit den bevorstehenden deutsch-amerikanischen Verhandlungen. Über die Handelsverträge, die der Artikel mit der Überschrift versehen „Tod oder Leben“, das Blatt verlangt auf das Energische, daß in Zukunft die englische Flotte alle Informationen nach Deutschland verbinde, welcher Art sie auch immer sein mögen. Das Blatt erklärt u. a.: Wir können weder die Rechte noch die Interessen unserer Verbündeten außer Acht lassen, selbst wenn wir unsere eigenen vergessen. Auch aus Kommentaren anderer Blätter über die gleiche Frage scheint mit einiger Sicherheit hervorzugehen, daß die englische öffentliche Meinung nicht bereit ist, Amerika irgendwelche Konzessionen zu machen. (R. 11.)

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 2. März 1915. Am Regierungstische: v. Kessel, Dr. v. Trott zu Solz. Präsident Graf von Schönerlin-Erdich eröffnete die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Nachdem das Haus das Ansehen des gestern verstorbenen Abgeordneten Dr. v. Schöndorff (Halt.) durch Erheben von den Plätzen geehrt hatte, ergriß der Eintritt in die Tagesordnung der Vorlesung der verstärkten Budgetkommission das Wort. Er stellte unter allgemeiner lebhafter Zustimmung fest, daß ein durch den Corriere della Sera weiterverbreitetes Telegramm des Daily Telegraph, wonach unter lebhafter Zustimmung aller Abgeordneten in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses heftige Angriffe gegen die Herrsch-Ingarten gerichtet worden seien, auf einer Erfindung beruhe, der es an jeder Grundlage fehle. Darauf setzte das Haus die Beratung des

Status des Ministeriums des Innern fort.

Auf Vortrag des Abg. Frhr. v. Jellitz (Greifsw.) wird über die inneren Angelegenheiten und über die Medizinalverwaltung eine besondere Erörterung stattfinden.

Nachdem Abg. Dr. Basse (Halt.) über die Arbeiten der Kommission Bericht erstattet hatte, sagte

Abg. v. Rappenheim (kont.): Die Zurückhaltung der politischen Arbeiter ist eine harte Maßregel, aber wie der Krieg manche harte Maßregel veranlaßt hat, ist auch diese berechtigt, nur müssen wir immer wie möglich die Härte im Interesse unserer Arbeiter mildern. Der Brandenburgische Provinziallandtag hat gestern einen Antrag angenommen, der sich mit der vorläufigen Übernahme der Fürsorge für die Kriegsschädigten in Erwartung der Erstattung der Kosten durch das Reich einverstanden erklärt und den Provinzialauschuß mit der Durchführung dieser Aufgabe betrauen will. Die diesem Antrag gegebene Begründung läßt deutlich erkennen, daß die Absicht besteht, aus dieser vorläufigen Maßregel eine definitive zu machen. Ehe die Prüfung dieser Aufgabe übernommen, ist es ihre Pflicht, auf das Gewissenhafteste zu prüfen, ob sie den berechtigten Ansprüchen auf diesen neuen Gebiete auch gerecht werden kann. In unseren Verwaltungskörpern haben wir die Organe, die diese Aufgabe übernehmen können, nicht bloß in unserer Zentralverwaltung in Berlin, sondern ganz besonders auch in den Kommunalverbänden. Der Kriegsgesetzliche Gesellschaft kann nur dringend Dezentralisation empfohlen werden.

Abg. Frhr. v. Jellitz (Greifsw.): Den Gemeinden müßte die Möglichkeit gegeben werden, die für sie nichtigen Gebiete zu behalten und auf ihren Mühen vermahnen lassen zu können. Inbezug auf den Beschluß des Brandenburgischen Provinziallandtages bin ich der Meinung, daß sich der Provinziallandtag ein großes Verdienst um die Lösung der Sache erworben hat. Gemäß handelt es sich hier in erster Linie um eine Reichsfrage. Dieses ist aber nach seinen ganzen Einrichtungen unangeeignet, die Fürsorge für die in ihrer Verwerflichkeit gefährdeten Arbeiter selbst wahrzunehmen. Abg. Dr. Wadnick (Greifsw.): Wir beobachten, daß der Minister in der Erklärung, die er vor der Kommission abgab, das ernstlich errogen werden solle, die Kommission künftig künftig in den veränderten Zeitumständen im Einklang zu bringen sei, das Maßrecht nicht ausdrücklich erwähnt hat. (Zustimmung links.) Wir bleiben der Meinung, daß die Reform des Wahlrechts für die Zeit nach dem Kriege die Hauptaufgabe bildet. (Rebatter Beifall links.)

Hdg. Watz (Hentz): Von außerordentlicher Bedeutung und großer Tragweite ist die Frage des Beschlusses des Provinziallandtages von Brandenburg. Gerade das flache Land hat die meisten Kriegstauglichen hervorgebracht und diesen schwachen Schultern darf nicht eine so große Last aufgebürdet werden.

Minister des Innern von Lobeck:

Was die Saisonarbeiter anbetrifft, so war es eine notwendige Maßregel, die Angehörigen eines feindlichen Staates im Lande festzuhalten. Wir hätten sie ja internieren können, aber ich glaube, es war richtig, sie an Ort und Stelle in ihrer Beschäftigung zu belassen und so eine Kontrolle über sie ausüben. Wir erwarten und hoffen, daß es mit der Zeit gelingen wird, überall ein festes Arbeitsverhältnis herzustellen. Was das nicht der Fall, dann müssen wir zur Internierung greifen. Was die Kriegsfürsorge für die

Invaliden

betrifft, so möchte ich vorweg bemerken, daß diese Fürsorge Sache des Reichs ist. Die Militärverwaltung hat sich bereit erklärt, in weitestgehender Weise ein Selbstvermögen bei den Kriegsverletzten einzutreten zu lassen, nicht engbegrenzt, sondern unter Anwendung aller neuen Methoden der Spezialfürsorge u. s. w. Erfolgt dann die Entlassung aus dem Militärverhältnis, so tritt die Versorgung ein auf Grund des Gesetzes vom 31. Mai 1906 durch Gewährung des Platzes. Es soll alles geschehen, um den betroffenen Verletzten wieder zu einem leistungsfähigen Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen. Wir sind mit den Organen des Reiches in Verbindung getreten, diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, wir hoffen aber auf ein baldiges Resultat. Zum hat der Provinzialalltag der Provinz Brandenburg in voller Würdigung der Wichtigkeit dieser Aufgabe vorgeschlagen, in Erwartung der künftigen Erklärung der Reichsregierung die Sache auf die Provinz zu übertragen. Dieses Vorhaben läßt erkennen, daß die Provinzialverwaltung von der Größe der Aufgabe, die der Provinz obliegt, durchdrungen ist. Es ist von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Sache nicht bis zum endgültigen Eintreten des Reiches aufgeschoben werden kann. In diesem Sinne hat sich getreten der Provinzialalltag einstimmig entschieden. Ich kann das Vorhaben der Provinz Brandenburg meinerseits nur begrüßen. Was die

Sparaffinen

betrifft, so ist festzustellen, daß die Sparaffinen sich gerade so vermehrt haben, wie in den normalen Jahren vor dem Kriege. 447 Millionen sind aus Sparaffinenanlagen für Kriegsanleihe gezeichnet worden. Diese konnten von den Sparaffinen her bezahlt werden, eine Leistung, die früher nie erreicht worden ist. Ich kann nicht schätzen, ohne mich auf rechtlichen Dazwischen und der Intervention Kundtand zu beziehen für die hingebende Arbeit unserer Beamten in dieser ersten Zeit im Dienste des Vaterlandes. (Beifall.)

Hdg. Dr. Liebknecht (Soz.): In der wichtigen Frage des Wahlrechts vertritt die bürgerlichen Parteien. Die herrschenden Klassen haben mit dem Kriege ein gutes Geschäft gemacht.

Hdg. Friedberg (Natlif.): Gegen die provisorische Übernahme der Fürsorge für die Kriegsinvaliden durch die Wahlrechtsfrage vertreten wir den Standpunkt des schlichten, des bescheidenen Bürgers, daß im Augenblick der Sieg wichtiger ist als das Wahlrecht. Der Abgeordnete Liebknecht hat sich erklart, die Behauptung aufzustellen, daß der Krieg für die besitzenden Klassen ein kapitalistisches Geschäft ist. (Platzruhe.) Das ist eine schwere Verdächtigung. (Wohlbekanntes Lachen, Platzruhe.)

Hdg. Gafel (Fortf. Vp.): Diejenigen, die ihr Blut und ihre Gesundheit für das Vaterland hingegen haben, verdienen ganz besonders die weitgehende Fürsorge; die Kosten aber fallen dem Reiche zu.

Der Etat des Ministeriums des Innern wurde genehmigt.

Es folgte der Kultusetat.

Nachdem die **Hdg. Hedenroth (Kont.), v. Savigny (Str.)** und **v. Campe (Natlif.)** Bericht erstattet hatten, vertagte das Haus die Weiterberatung auf morgen, Mittwoch, 1 1/2 Uhr; außerdem Etat der Bauverwaltung.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Hausalkommission des Abgeordnetenhauses.

B. L. Berlin, 2. März. In der verklärten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erörterte der Minister für öffentliche Arbeiten die Ausnutzung der Wasserkraft des Mains zur Gewinnung von elektrischem Strom, die von erheblicher Bedeutung ist. Sie würde etwa 24 Millionen Reichsmark erbringen, damit würde auch für den elektrischen Strom die Verbindung mit der Weier und der Gegend um Bremen hergestellt werden. Die Verhandlungen hierüber seien im Gange. Eine höhere Finanzierung der Walder Talpferre unterliege der Prüfung. Zur Sprache kamen auch die Herstellung des Ostkanals und die Verhältnisse an dem im Bau befindlichen Maßfischkanal. Die Kosten für den Bau des Ostkanals würden 106 Millionen, die jährlichen Unterhaltungskosten 600 000 Mk. betragen. Aus der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß der Ostkanal für die Elektrifizierung Ost- und Westpreußens von Bedeutung sein könne. Dabei wurde die Elektrifizierung in Bommern erwähnt, worin 70—80 Millionen Mark Kapital investiert seien und die sich glänzend bewährte. — Eine Baurate für den Neubau des königlichen Opernhauses Berlin ist im Etat 1915 nicht eingetragt.

Der Unterwasserkrieg gegen England.

Ein Neuen-Unterseeboot.

Stockholm, 2. März. Die Mannschaften eines norwegischen Dampfers, der nach Bergen gekommen ist, erzählten, daß es ein neues Unterseeboot der Deutschen sei, das sich in der Nähe von Bergen befindet. Die Mannschaften hat in der Nordsee ein Unterseeboot beobachtet, das nach der Meinung 300 Fuß lang war. Das norwegische Bootzeug wurde nicht von dem Unterseeboot angehalten.

Frankreich und England wollen sich bei den Neutralen lieb und wert machen.

B. L. London, 2. März. Die Morgenblätter veröffentlichen eine Mitteilung der Regierungen Frankreichs und Großbritanniens an die neutralen Staaten, in der es heißt, daß die Bevölkerung des Kanals und der Nord- und Westküste Frankreichs und der die britischen Inseln umgebenden Gewässer durch Deutsch-

land zum Kriegsgebiet, in welchem alle feindlichen Schiffe vermindert werden und neutrale Schiffe gefahrlos sein müssen, angesichts der ausgedehnten Verwendung von Unterseebooten durch Deutschland die Verletzung jener Handelschiffe gleichviel unter welcher Flagge beuhe, und zwar ohne Rücksicht auf den völkerrechtlichen Grund. Inmangemeinschaft Schiffe vor ein Verbrechen, durch den Gebrauch von Unterseebooten gefährdet zu bringen, oder wenn man auf der Verletzung eines Schiffes schreitet, Mannschaften und Passagiere in Sicherheit zu bringen. Die Unterscheidung zwischen feindlichen und neutralen Schiffen und feindlicher und neutraler Ladung liegen dem angreifenden Schiff ab, das auch die Schiffspapiere in Sicherheit zu bringen habe. Zu all diesen ist das Unterseeboot außerordentlich. Diese Kriegsführung falle völlig außerhalb des Rahmens aller internationalen Vorschriften über Kriegsmaßnahmen gegen den Handel. Die deutsche Regierung setzt die unerschöpfliche Verwendung an die Stelle der Regeln entsprechenden Aufbringung, um Ein- und Ausfuhr aller Art, auch von Waren für die Ernährung der Zivilbevölkerung für die britischen Inseln und Nordfrankreich zu verhindern. Deutschen Gegner müßten daher Verordnungen erlassen, um überflüssig alle Ein- und Ausfuhr Deutschlands zu verhindern. Inzwischen sollten diese Verordnungen von England und Frankreich ohne Gefahr für Schiffe und Leben von Menschen und Vieh zu unterbreiten werden, mit den Grundrissen der Reichsliste ausgeführt werden. Demgemäß würden England und Frankreich Schiffe mit Waren, die ungenügend für den Feind bestimmt seien, im Gebieten oder in der Nähe von England, anhalten und in ihre Häfen bringen, jedoch nur dann, wenn sie sich erklären, wenn sie auch unter andern Umständen der Zurückweisung an Feinden unterliegen würden. Die Behandlung von Schiffen und Ladungen, die bereits unterwegs seien, sollen keine Veränderung erfahren.

Anschaffung von Minen.

B. L. V. Amsterdam, 2. März. Nachrichten aus dem Haag zufolge wurde heute vormittag gegen 9 1/2 Uhr an der Küste bei Hiersee (Provinz Zeeland), eine Mine angebracht, die explodiert, wobei fünf Personen getötet wurden. Auch bei Westkapelle wurde eine Mine angebracht.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Korbpolen.

Genf, 2. März. „Apost“ meldet aus Petersburg: Die Kämpfe an der Fronten und in Hinterland übernehmend, haben zu verschiedenen Malen Umgehungsversuche der Feinde verübt.

Ein deutscher Kampf findet in der Gegend bei Małowa statt, zwischen der Armee von dem Haupt Dr. Ein starkes russisches Bataillon verweigert seine Angriffe wegen ein Dorf von großer strategischer Bedeutung. Mehrfach sind die Deutschen durch ihre Massenangriffe bis an die russischen Verschanzungen und Stützpunkte vorangekommen. Doch dort sind sie bisher jedesmal aufgehalten worden. Die Russen sind nach im Besitz des Dorfes. Die Zahl der Überlebenden unverbundenen Verteidiger beträgt jetzt schon nur noch 60 Mann.

Ungewöhnliche Zerstörung in Rusland.

B. L. V. Moskau, 2. März. Die „Ruskoje Wedomosti“ meldet: Die überall einsetzende Preissteigerung auf Grund des Massenverbrauchs, insbesondere solcher erster Notwendigkeit, zwingt das Ministerium des Innern, die Gouverneure, die Zirkel, die Kommunen, Semstwo, Wörren usw. zum Kampf gegen die Teuerung mobil zu machen. Charakteristische Verbote für die russischen Soldaten.

B. L. V. Wien, 2. März. Der Kriegsminister meldet, eine Einbildung in die Armeebefehle der 10. russischen Armee, die für den Geist des russischen Heeres charakteristisch sind. Die Armeebefehle betreffen das Verbot der Verabreichung der Gefallenen und der Wunden durch die Sanitätsmännchen und die Bestrafung bei Füllen von Selbstverletzung, sowie von Ueberläufern mit dem Tode.

Eine besondere russische Einheit für Kriegsanleihe.

B. L. V. Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Stockholm: Nach einer Petersburger Meldung soll eine Kriegsanleihe von 6 Rubeln für ein Vermögen unter 1000 Rubeln, und bis zu 200 Rubeln für Vermögen bis 2000 Rubeln allen Kriegsanleihe bis zum Alter von 43 Jahren angesetzt werden.

Oesterreichs Krieg.

Der österreichische Generalstabsbericht.

B. L. V. Wien, 2. März. Amlich wird bekannt, 2. März 1915: In den Nachrichten werden im wesentlichen die militärischen Gegenstände der Russen abgemessen und die in den vorausgesetzten Kämpfen von den eigenen Truppen gewonnenen Stellungen und Höhen festgehalten. Sichtlich des Dienstes dauern die Kämpfe an. Auch gestern wurden feindliche Angriffe blutig zurückgeschlagen, hierdurch erlittenes Gebiet gegen ungenügend oft überlegene gegnerische Kräfte behauptet. In Polen und Weißrussien nur Artilleriekämpfe. In der Bukowina herrscht Ruhe. Am südlichen Kriegsschauplatz ist die Situation unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Der türkische Krieg.

Erneute Besichtigung der Dardanellen.

B. L. V. Athen, 2. März. (Agence V. Athènes.) Die Besichtigung der Dardanellen begann gestern um 10 Uhr vormittags von neuem. Es wurde zwei Stunden mit vergeblicher Besichtigung der Dardanellen fortgesetzt. Die Mitteilung der Verbündeten, die beim Fort Sum Kalch getanet war, hatte einen Zusammenstoß mit der türkischen Garnison, die sie gesteuert. Ein englisches Kriegsschiff hat Jemischer beschossen.

B. L. V. London, 2. März. Das Deutsche Bureau meldet, daß der Sturm eine Verzögerung der Operationen in den Dardanellen zur Folge gehabt habe.

Eine Rede des türkischen Kammerpräsidenten.

B. L. V. Konstantinopel, 2. März. In einer Rede in der Kammer betonte Präsident Salil Bei die Einigkeit der Kammer, die zeige, daß, wenn das Vaterland in Gefahr sei, Parteistreitigkeiten politischer Art schwinden. Zur Zeit des Balkankrieges sei die türkische Armee das Opfer eines Mißgeschicks geworden. Die gegenwärtige heldenhafte Tapferkeit der Armee vermehre

das Vertrauen der Freunde und rufe das Vertrauen und die Wahrung der Feinde hervor. Salim erinnerte an den letzten Sieg über die Russen und an das schmähliche Vordringen der türkischen Armee bis zum Belagerer des Suezkanals. Diese Armee werde demnächst den entlassenen Soldaten führen und das schismatische Feindes befreien. Er sei auch überzeugt, daß die Engländer aus der Gegend von Bosporus hinweggedrängt werden würden. So auf allen Fronten besiegt, habe der Feind in einem Anfall von Verzweiflung begonnen, die Dardanellen anzugreifen, wobei seine mächtigen Kanonen nicht den geringsten Erfolg aufzuweisen hätten. Es sei unwahrscheinlich, daß der Feind durch die Dardanellen hindurchkommen könne. Aber selbst wenn es ihm gelänge, so sei der größte Teil der türkischen Armee bereits dort zusammengezogen und es seien Maßnahmen gegen jede Möglichkeit getroffen. Wir sind entschlossen, fuhr Salil fort, wie oben zu kämpfen. Wir wollen nicht unsere Stirn in den Sand legen und die Besatzung, sondern unsere reinen Stirnen hoch aufrichtet tragen, wie eine edle und unabhängige Nation. Wir werden es sterben, wenn wir unsere Pflicht gegen das vordere Schwert erfüllt haben, das der Sultan uns anvertraut hat. Das russische Staatsministerium in Petersburg hat angekündigt, die Niederlagen seiner Heere und aus Furcht vor dem Verluste des Baltischen und Schwarzen Meeres erklärt, jetzt sei der Augenblick gekommen, Konstantinopel zu nehmen. Diese Erklärung war ein Zeichen seiner Schwäche. Wir werden mit unseren Verbündeten die Russen jetzt gerichtlich zu kämpfen und ebenso wie Konstantinopel auch Wien, Berlin und Budapest schützen. Wenn die Feinde erklären, sie hätten uns als Preis unserer Neutralität die Unterwerfung unter ein Gebot vorzuziehen, so verweigere ich auf Herben, dem dies auch verweigert war. Aber auch dieses Land wird vom Joch der Gewaltbefreiheit befreit werden.

Vertrauen der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 2. März. In der Kammer verlas der Minister des Innern ein Dekret, wodurch die Kammer bis zum 28. September vertagt wird, wegen der Fortdauer des Krieges und weil die in der Abgeordnete als dringend bezeichneten Arbeiten erledigt sind.

Von jenseits des Kanals.

Ein neuer englischer Kriegsfreid von 5 Milliarden Mark.

B. L. V. London, 2. März. Im Unterhaus beantragte Asquith einen neuen Kriegsfreid von 250 Millionen Pfund Sterling und führte hierbei aus: Die Kriegskosten aller Art sind auf 2 Milliarden Pfund Sterling täglich gestiegen; aber England und das britische Heer sind so weit entschlossen, wie in dem Krieg zu einem herrlichen Ende zu kommen. Asquith setzte weiter, die Unternehmung gegen die Dardanellen sei sorgfältig vorbereitet und verfolge ein bestimmtes Ziel in politischer, strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Unternehmung ist ein neues Beispiel des engen Zusammenwirkens der Verbündeten, die sich in die Gefahr und den Ruhm des Unternehmens teilen. Asquith knüpfte über die englische deutsche Flotte England und sagte: Die Wahrheit ist, daß die deutsche Flotte die englischen Flotten nicht überlebt, nicht blockieren kann und niemals wird blockieren können. Deutschlands Handlungsweise ist eine Verletzung aller bisher anerkannten internationalen Bestimmungen und Uebereinkommen. Die Verbündeten haben beschlossen, zu Repressivmaßnahmen überzugehen, um zu verhindern, daß Güter irgend welcher Art nach Deutschland eingeführt oder von dort ausgeführt werden. Die englische und die französische Regierung behalten sich die Freiheit vor, Schiffe, die eine Verletzung begehen, das Recht zu haben, sie ihrer Bestimmung oder eines feindlichen Eigentümers oder feindlichen Ursprungs an Bord haben, anzuhalten und nach englischen oder französischen Häfen zu bringen. Die Verbündeten halten sich für berechtigt, zu allen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ihre Sanftmut zu nehmen, aber ihre Absicht ist zu erklären, wenn nicht besondere Umstände die Konfiskation rechtfertigen. Die neuen Maßregeln sollen nicht auf Schiffe angewandt werden, die vor diesem Datum ausgefahren sind. Asquith fuhr fort: Wenn die Neutralen durch die Maßregeln beeinträchtigt werden, so betrachten wir das, aber die Neutralen müssen verstehen, daß nicht die Pflicht der Kriegsführung herbeigeführt haben. Deutschland hat mit einer Unterseebootkampagne, mit Seeräuberei und Wüßerung begonnen. Die Verbündeten können nicht ruhig zusehen, als ob sie nach dem Schutze der Regeln einer zivilisierten Kriegsführung gesehen. Asquith erwähnte die russische Flotte, die sich unter Leuten befindet. Jetzt ist nicht die Zeit, von Frieden zu reden; er wiederholte seine Erklärung aus der Ostbilanz vom 9. November 1914. Asquith sprach im ganzen eine Stunde; seine Rede wurde mit großer Begeisterung auf allen Seiten des Hauses aufgenommen.

Der chinesisch-japanische Konflikt.

Verschärfung des Konflikts.

E. M. Tokio, 2. März. Allgemein wird eine Verschärfung der japanisch-chinesischen Beziehungen festgestellt. Der Kriegsminister hat sich vorübergehend nach Korea begeben. Amerika und Frankreich müßten die japanischen Forderungen.

E. M. Wie dem Pariser „Gerald“ aus Washington gemeldet wird, steht eine amtliche Kundgebung der amerikanischen Regierung gegen die von Japan an China gestellten Forderungen bevor. Dasselbe Blatt erhielt die französische Zeitungsbewegung zu einer weiteren Meldung, wonach Frankreich die japanischen Forderungen an China, soweit ihr Wortlaut vorliegt, nicht billigen kann.

Kleine Nachrichten.

Zwei hohe Kriegsspenden.

B. L. V. Berlin, 2. März. Der Kaiser bewilligte dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz für deutsche Zivil- und Militärgefangene in Frankreich den Betrag von 50 000 Mark. — Vom deutschen Lokomotivführerverband sind wiederum 60 000 Mark für die Kriegsfürsorge gesammelt und der Kaiserin zur Verfügung gestellt worden. Von dieser Spende hat die Kaiserin 20 000 Mark dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz für die Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge überwiesen.

Vollstreckung über die Ernährungsfrage.

M. T. B. Berlin, 2. März. Die beherrschenden Hochbeamten zur Sicherung unserer Nahrungsmittelversorgung machen die Befreiung des Volkes über zeitweilige Lebenshaltung keineswegs überflüssig. Gemütsruhe und Unerschrockenheit sind immer insofern, als die Besorgnisse und zweifelhaften Anordnungen der Behörden nicht nur den Einzelnen, sondern die Gesamtheit von Volkserwartungen mit Notizen von Notwendigkeit, die das volle Vertrauen der Bevölkerung besitzen und die Eigenart der Sache genau kennen, an die sie sich wenden wollen. Also auf das Land keine Verneiner, die das Denken und Fühlen der Landbevölkerung nicht vollständig verstehen. Zur Erzielung gewöhnlichen Erfolges wird man den Einzelnen zu den verschiedenen Organisationen, in denen das Ernährungsproblem erörtert wird, zweifellos namentlich Einladungen der am Platze am besten bekannten, verständlichen Organisationen beifügen. Mit der Veranstaltung der Vorlesung sind Ausstellungen von Gegenständen und Befreiung von Steuern, nach besserer Kenntnis zu verbinden, die sich auf die Kriegsernährung beziehen. In eine nachdrückliche Meinung der Vorleser zu sichern, empfiehlt sich die Verteilung der Vorleser von keinen Schriften, die recht einschneidend den Gedanken der meisten Materialisten predigen. Im eigenen Lande wird weniger auf die Verteilungen von einzelnen Besprechungen an, als vielmehr auf die Veranstaltung der an der Kriegsfrage sich ergebenden Sorgen und auf die Befreiung von Beschwerden der Stimmung jener Kreise, an die sich die Arbeiter wenden. Es ist nicht genug, der Bevölkerung Vorteile für die Ernährungsfrage zu bieten, viel wichtiger ist es, den Sinn für die Aufgabe empfindlich zu gestalten. Dieser Gedanke ist nicht in allen Schriften, die über die Ernährungsfrage veröffentlicht werden, hinlänglich hervorgehoben. In ungenügender und padener Weise behandelt die Ernährungsfrage der ganzen Frage ein Teil der herkömmlichen Verhandlungen in Freiburg (Schweiz) werden unter dem Titel: „So sollt ihr leben in der Kriegszeit“ erschienen, aber in der Ernährungsfrage ein geschlossenes, keines Schriftchen aus der Feder des Reichs- und Landtagsabgeordneten Professor Dr. Kappeler. Als besonders wertvoll ist hier zu erwähnen der Nachweis, daß die durch die Kriegszeit gegebene Einfachheit der Lebenshaltung nicht anders als eine Milderung zur Besserung bedeuten und deshalb vom geschäftlichen Standpunkte sehr zu begrüßen ist. In diesen Gedanken einwirkend zu gestalten, ist dem Arbeiter ein kurzer aber ausdehnender Abriss einer vernünftigen Ernährungsweise einzufließen. Die Wirkung der ganzen Ausführungen wird dadurch erhöht, daß sie sich nicht nur an die ungenügenden Schichten des Volkes, sondern an alle Kreise des Volkes wenden. An dem Abschnitt „Frauen an die Front“ wird eine sehr ernste Mahnung an die geschäftlichen Frauen gerichtet, daß sie sich selbst um die Küche kümmern muß, und in eigener Person die Verantwortung in der Küche zu übernehmen verpflichtet ist. Den Schluss bilden 10 Sparpläne, in denen Maßnahmen für den Verbrauch aller Lebensmittel angegeben sind. Möge das nächste Jahr viele Verteilungen finden.

Türkische Bringen im Deutschen Heere.

M. T. B. Berlin, 2. März. Das „Militärwörterbuch“ meldet: Angeführt wurden die Bringen des osmanischen Reiches, kaiserliche Soldaten: Abdul Rafiq Saiti, Major der türkischen Feldartillerie, als Leutnant à la suite des 2. Garde-Regiments; Osman Yusuf, Oberleutnant der türkischen Kavallerie, à la suite des Leib-Garde-Busaren-Regiments. Dieselben sind vom 1. Mai 1915 ab bis auf weiteres zur Dienstverrichtung beim betreffenden Erlochstapellort zugelassen.

Staatssekretär Dr. Helfferich beim bayerischen König.

M. T. B. München, 2. März. Der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Helfferich, traf heute früh, von Berlin kommend, hier ein, um dem bayerischen König Aufwartung zu machen. Der Staatssekretär Helfferich, der im Laufe des Vormittags dem Finanzminister v. Braun ein längeres Gespräch abhielt, wurde um 1/2 Uhr in der Hofkapelle vom Könige in Audienz empfangen und anschließend an die Audienz zur kaiserlichen Hofkapelle zurückgeführt.

Staatssekretär Helfferich Mitglied des Staatsministeriums.

M. T. B. Berlin, 2. März. Wie der „Reichspost“ mitteilt, ist der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Helfferich zum Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums ernannt worden.

Frühe Auffassungen.

M. T. B. Berlin, 2. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Bedingungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe enthalten die Bestimmung, daß die Schuldverschreibungen bis zum 1. Oktober 1924 unfällbar sein. Diese Bestimmung nimmt dem Reich bis zu dem genannten Termin das Recht, die Schuldverschreibungen zwecks Gerahmung des Zinsfußes zu kündigen. Mindestens bis zum 1. Oktober 1924 können sich also die Zeichner ungehindert einer hundertprozentigen Verzinsung erfreuen. Eine Beschränkung der Befreiung der Schuldverschreibungen in deren Verzinsung durch Verkauf oder Lombardierung ist mit der Bestimmung über die Unfällbarkeit überhaupt nicht verbunden. Angeblich sollen im Verlaufe der Auslegung der Bestimmung in den Bedingungsbedingungen Zweifel bestehen. Diese sind völlig unbegründet, wie hiermit ausdrücklich festgestellt sei.

M. v. Schandorff †.

M. T. B. Berlin, 2. März. Der bekannte Landtagsabgeordnete Dr. v. Schandorff ist gestern abend gestorben. Er hat namentlich hervorragende Verdienste um die Jugendpflege.

In die kaiserliche Zivilverwaltung für Belgien berufen.

M. T. B. München, 2. März. Der Ministerialrat im Staatsministerium des königlichen Hauses und des Heeres, Herr Dr. v. B., wurde als stellvertretender Verwaltungsrat in die kaiserliche Zivilverwaltung für Belgien nach Brüssel berufen.

Keine Einschränkung des Labofanbaus.

M. T. B. Frankfurt a. M., 2. März. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: Im Kreise des Labofanbauwesens war die Vermutung aufgetaucht, es könnte in diesem Jahre der Labofanbau verboten werden, oder eine Einschränkung erfahren, um die dadurch freiwerdende Wohnfläche der Gewinnung von Nahrungsmitteln und Futtermitteln nutzbar zu machen. Wie der Berliner Korrespondent des Blattes an zuständiger Stelle erfährt, sind von der Reichsregierung Maßnahmen zur Einschränkung des Labofanbaus gänzlich nicht beabsichtigt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Seltene Auszeichnung eines jungen Offiziers.

Der 24jährige Jüngerleutnant Fritz Gräbndel aus Goslar, der bereits vor einiger Zeit das Eisenerz-Kreuz 2. Klasse erworben hatte, ist wegen seiner hervorragenden Vorkämpfungen in jüngster Zeit nicht allein zum Oberleutnant befördert, sondern auch noch mit dem Eisenerz-Kreuz 1. Klasse und dem Ritterkreuz 2. Klasse des Herzogs, Ernstlichen Hausordens ausgezeichnet worden. Sein Vater ist der Oberlehrer Professor Dr. Paul Gräbndel in Goslar, welcher a. Zt. als Hofmann d. L. auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf beschäftigt ist.

Kartoffelvergebung durch die russisch-polnischen Arbeiterinnen.

Wie und mit bereitwilligem Entschluß ist schon von Seiten der Behörden ermahnt worden, zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung hauptsächlich auf den Verbrauch von Kartoffeln nach Möglichkeit zu sparen. Jede einseitige Kaufsrau muß sich ihrer dahingehenden Pflichten bewußt sein und wird sich bemühen, an ihrem Teil zur Erreichung auch der Kartoffelvergabe beizutragen. Was aber auf der einen Seite zu erfüllen gelte, wird, das darf auf der anderen nicht in leichtfertiger Weise vergessen werden. Es kann immer wieder festgestellt werden, daß auf größeren Gütern beschäftigte russisch-polnische Arbeiterinnen nicht rational und den Interessen der Allgemeinheit entsprechend im Verbrauch von Kartoffeln verfahren. Sie ziehen sich vielfach nicht an die erlassenen Ermahnungen, kennen diese vielfach auch gar nicht, die Kartoffeln möglichst in der Schele zu kochen, sondern schneiden nach wie vor, um die Arbeit schnell zu erledigen, die Schalen von den Kartoffeln herbei. Ebenfalls kann diesen Frauen ein direkter Vorwurf nicht gemacht werden. Sie erhalten an Naturalien nach wie vor das ihnen zugehörende Quantum an Kartoffeln, mit dem sie selbst bei weniger sparsamen Verbrauch, gut auskommen. Der ihnen vorliegende Aufseher — der meistens auch Pole ist — wird

feinen Arbeiter einen rationalen Verbrauch der Kartoffeln kaum vorzeichnen. Die diesbezüglichen Schalen können ja seinen Schweinen — deren er sich in seiner Zucht meist mehrere hält — zugeben. Es ist daher Pflicht der Getreide- oder deren Vertreter, die diesen Arbeiter zu veranlassen, daß sie sich im Verbrauch von Kartoffeln im Interesse der gesamten Volksgemeinschaft die Befreiung anerkennen, deren sich jede einseitige deutsche Kaufsrau gern und willig befleißigen wird.

Einreichung eines Jugendbills.

— 2. März. In Gegenwart des Oberpräsidenten von Sogel wurde gestern mittag das vom Kommerzienrat Richard Rauber der Stadt gestiftete Jugendbill eingereicht. Bei der Rede des Oberpräsidenten betonte der Bauer, daß die Regierung dem Jugendbill, das in dem Sinne seine Politik und seine Reformen freigegeben werden sollen, daß es aber eine Pflichtenpflicht aller Vaterlands- und Staatsreue sein möge. Oberbürgermeister Arnold dankte dem Stifter für die hochherzige Gabe, die ein Grundbill seiner Heimatliebe sei und in seinem Geiste verstanden werden möge. Regierungsrat v. Gersdorff überreichte dem Oberpräsidenten ein Schreiben der Staatsregierung und machte die Jugend zu Kameradschaftlichkeit, echt deutscher Bestimmung, Gottesfurcht und wahrer Jugendfreude, dann könnten wir auf unsere Zukunft beruhigt sein. Erregung von Sogel wies auf die Arbeiter im Besonderen hin, die die Jugend bill zum Vorbild nehmen möge und bei der Arbeit aufmerksamer, geistvoller, aufmerksamer, mehr gemeinsamer Gesang „Deutschland über alles“ die Feier schloß.

M. Wühlberg (Ede), 2. März. Ein zentralisiertes Reich.

Der Ministerialdirektor Semeler-Gütervergabe sprach ihm am Sonntag zum dritten Male über die besonderen landwirtschaftlichen Maßnahmen, welche in der gegenwärtigen Kriegszeit nötig sind. Im Besonderen war es die bevorstehende Fruchtbestellung, über welche er den hiesigen Landwirten behergsamerweise Mitteilung erteilte. Ueber den Anbau von Zuckerrüben, der in der Ostzone eine große Bedeutung hat, äußerte er sich dahin, daß die mit Rücksicht auf den erweiterten Anbau von Zuckerrüben, Kartoffeln und Säulfrüchten geordnete Einschränkung der Zuckerrüben-Anbaufähigkeit nicht zu weit gehen dürfe. Denn die Zuckerrübe habe als Wirtschaft eine so hohe Wichtigkeit für nachfolgende Getreidearten, hauptsächlich für Weizen. Die Kultur der Wündernde habe es bewirkt, daß die Getreidepreise in dieser Gegend fast um ein Drittel höher seien wie früher. Außerdem hielt die Aufmerksamkeit bei der jetzigen Futternot eine sehr wichtige Rolle für die Viehhaltung. Der Mähdler muß zu Futterpflanzen herangezogen werden, außerdem muß man dazu übergehen, Zuckerrüben aus der unterarbeiteten Rinde herzustellen und zu trocknen. Auch in den Westprovinzen kann die Rinde der Kartoffel bei der Spiritusgewinnung erlitten.

Der 2. März. (Wagnung und Hilfe für die Arbeiter.)

Der 2. März (Wagnung und Hilfe für die Arbeiter.) Die Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Anhalt hielt bei der Landwirte des Kreises Zerbst auf die häufig steigende starke Nachfrage der Viehhalter nach Mastfressen, besonders aus dem fasslichen Wäldungen, hin, abgesehen die Strohpreise im letzten Jahre höher als in irgendeiner anderen Zeit. Der Anhalt nach der Zerbst noch sehr bedürftig, weil das Stroh in diesem Jahre durch Verkauf zu zu wertvoll sei und bei dem Mangel an Futterstoffen als Futter der Ostzonen in härteren Maße als sonst in Frage komme. Statt der Mastfressen sei aber die Zerbst in weit beheimateten Maße zu empfehlen, da der Zerbst als ein sehr wertvolles Futter, das sehr reichhaltig, nach einem Ball in der Verwertungsfähigkeit der Tiere hohe und deshalb besser durch Strohgefäße ersetzt werde, sich aber durch seine Fähigkeit, Flüssigkeiten in stärkstem Maße aufzusaugen, als jedes andere Strohmittel, und den Strohstoff des Stroh zu binden, ausgezeichneter zur Stallfütterung eigne und vorzüglichen Wert abgibt. Gerade in gegenwärtiger Zeit, wo die Strohpreise auf unheimlich hohe Stände gestiegen sind, muß darauf hingewiesen werden, daß die Landwirte bei der Verfertigung von Zerbst zu verwenden, um den in ihren Betrieben zu gewinnenden Strohstoff zu erhalten. Die Mastfressen seien aber einen im Hinblick auf die Strohpreisverwertung gleiches Dünge- und Düngemittel auch die Benutzung der Zerbst. Der Zerbst der Zerbst hat eine auf 142 Pf. festgesetzt. Um die Zerbst weiter einzuführen, werden der Staat und die Landwirtschaftskammer gegebenenfalls in diesem Jahre Beihilfen für die Beschaffung der Zerbst zu gewähren. Im eigenen Interesse der Landwirtschaft des Kreises Zerbst liegt es aber, mehr Zerbst zu betreiben.

Der alte Berns.

Roman aus der Romanovzeit von Hans Bongard.

„In der Tat tröste ein Trupp Chasseurs, geführt von einem Sergeanten, durch das Feld geradezu als Berns Hof zu. Vater und Sohn saßen sich fragend an, und als die Reiter hinter der Schanz verschwanden und nicht wieder zum Vorschein kamen, wurden die Herzen der beiden inner größer. Der alte Berns starrte mit dem Fuß auf und rief ängstlich: „Ist das denn überhaupt möglich? Bernd, sofort loskoppeln!“

Die Chasseurs banden ihre Pferde an die Hindenbäume und gingen lärmend über den Hausrain in die Küche, wo die Bäuerin mit aufgetrennten Kernen am Herd arbeitete. Weil vor nicht leicht aus der Pfanne zu bringen. Als aber auf einmal die fremden Menschen, wie vom Himmel gefallen, vor ihr standen, wurde sie weiß wie die Wand.

Der Sergeant, ein Offizier, redete sie deutsch an und sagte, sie brauche sich nicht zu fürchten, sie wollten nur Schnaps und Fleisch und Salz für die Pferde. Die Bäuerin sagte Mut und entgegnete möglichst unbedarft: „Da müßt ihr schon warten, bis die Monseigneur kommen.“

Als der Sergeant die Antwort seinen Kameraden überbrachte, riefen sie mit dem Säbel in der Hand: „Die Schanz des Berns sind gefahren und wir erminnen.“ Die Bäuerin dachte sie sollten sich nur manterlich betrogen und ein hübsches Gebuld lernen.

„Wenn ihr nicht geht, wir werden schon finden“, entgegnete höflich der Sergeant und verließ mit seinen Kameraden polternd die Küche.

Nur ein kleiner trummbeiniger Franzose mit weißem Gesicht blieb. Er küßte den Dedei der Töppe und durchdrückte die Eckrinne. Die Bäuerin durchschaute den Zweck der Scheinmänner und sagte nichts. Möglich hätte sie sich von hinten umklammert, und der freche Mensch drehte ihrer Kopf herum, um sie zu küssen.

Beel hobte am ganzen Leibe, schüttelte den Knirps mit einem gewaltigen Knall ab und ließ ihn zur Tür hinaus.

Heim kam. Weil stand vor ihm wie eine Furie und in wogendem Aufen und horren Blick. In dem Augenblick traf Jakob, ihr Mann, ein. Als er den blutenden Soldaten sah und das bleiche Weib am Herd, lief er hin und rief nach Hilfe.

Am Schaffel traf er den Vater mit Bernd und Fritz. Jakob nahm die Pferde und sein Schindeln in Empfang, während sich der Alte und Bernd schnurstracks in die Küche begaben, wo der Chausseur an der Pumpe stand und die Stirn kühlte. Die Bäuerin ließ sich auf einen Stuhl fallen und weinte. Das hatte der Vater niemals an ihr gesehen, und er rief mit bebender Stimme: „Wo sind denn die andern Salunken?“

Weil zeigte auf die Mohntube. Dort lagen die Franzosen um den großen Tisch und verzehrten in aller Gemütsruhe einen Schinken. Die beiden Männer blieben wie gebannt auf der Schwelle stehen, und die Soldaten riefen ihnen lustig zu: „Allons paysans, de la viande, du pain et de la eau de vie!“

Der alte Berns ging bis zur Mitte der Stube, reichte sich zu seiner vollen Größe empor, und rief mit drohender Stimme: „Wo habt ihr den Schinken her?“

Die Franzosen setzten sich an den Wandfuss. „Unterdrückte Geheiß!“ entgegnete der Alte, „jetzt mir Eure Quartierbesitzer!“

„Ist das Euch, wenn ihr Euch nicht sofort aus meinem Hause hebt, so schlagen wir Euch die Knochen in Reibe und Mehl.“

Der Sergeant gab die Worte französisch wieder, und die Chasseurs stiegen ein Schnelbacher aus und schälten mit um so größerem Eifer an Schinken herum.

Als es etwas ruhiger geworden war, hörte der alte Berns im benachbarten Zimmer Gepolter. Er rief die Tür auf und sah zwei Soldaten, davon einer aus einer Schnapsflasche trank, die er im Wandfuss gefunden hatte, während der andere den französischen Degen in der Hand hielt und die Türdrift zu entfernen versuchte. Der Alte gab seinem Sohn einen Wink und rief den Degen an sich; Bernd schlug dem anderen die Schnapsflasche vom Munde, daß sie in lautem Scherben zerbrach.

Auf das Geheiß der beiden Chasseurs eilten die Kameraden zu Hilfe. Sie ließen über den alten Bauer her und entwandten ihm die Waffe. Er sah sich Bernd nutzlos auf die Wand stürzen, wurde aber überdillig. Nach kurzer Gegenwehr wurden Vater und Sohn mit den Säbeln gegen ihre Feinde gesetzt.

Der alte Berns war in seinem langen Leben schon mandem grimmig Gegner gegenüber gestanden, aber be-

fiel hatte ihn noch keiner. Nun mußte er es in seinen alten Tagen erleben, daß diese neuen Revolutionen ihn, den kühnen Krieger des alten Fritz, behandelten wie einen Verbrecher. Seine Muskeln waren wie gelähmt, und er blühte beständig zu Boden.

Weil hatte den Vorn gehört und nichts Gutes geahnt, zumal sie die Unerschrockenheit der beiden Männer kannte. Sie stießen den Kopf durch die Tür, und als sie die Ähren gefesselt sah, ließ sie einen lauten Schrei aus. Das hörte Jakob, und er eilte leichenblau in die Staatsküche.

„Jakob“, rief ihm der Vater entgegen, „lauf zum Bürgermeister und erzähl ihm, wie diese Selben einen von jenem Magistrat behandeln!“

Der Sergeant horchte auf. Er verummelte die Kameraden um sich, und bald schloßten sie wie durch einander, bis der Offizier lachend rief: „Citizen! Ihr wollt den Magistrat angeheuern und wollt nicht mal in der Stadt? So was könnt ihr französischen Chasseurs nicht weismachen.“

Der alte Berns warf dem frechen Menschen einen verdächtigen Blick zu und entgegnete: „Das muß ich doch noch besser wissen, als ich ein hergelassener Wandt. Um ihr Gebot von alterer zur Stadt Dongfort, und der Bauer Berns gehört von jeder dem Magistrat an. Berns ist das einem alten Mann nicht glauben wollt, so will ich es Euch beweisen.“

Der Sergeant äoherte einen Augenblick, verkniffelte sich dann mit seinen Leuten und gab die beiden frei. Jakob sah den Vater überrollt an. Der aber wurde sich über den Erfolg seiner Worte aufmerkender nicht, da ihm bekannt war, weshalb eine außerordentliche Achtung die Neufreunden dem Geiz entgegenbrachten. Sollte man es doch vor einiger Zeit noch in Gode heißt, daß ein Magistratsbeamter, der mit der Antischürze bekleidet war, die unbändigsten Offiziere und Soldaten durch das einzige Wort „Au nom de la loi“ in Schranken hielt.

Die Franzosen begaben sich in den Schankraum und sprachen mit ihrem verletzten Kameraden. Sie waren in gedrückter Stimmung und mußten nicht, was für einen Ton sie anschlagen sollten. Daher verließen sie das Haus und machten sich draußen an ihren Verden zu schaffen.

Der alte Berns oder ließ ihnen nichts faheln und ritt nach Dongfort zum Bürgermeister den Bock, bei dem er sich über das unbillige Betragen der Franzosen beschwerte.

(Fortsetzung folgt.)



